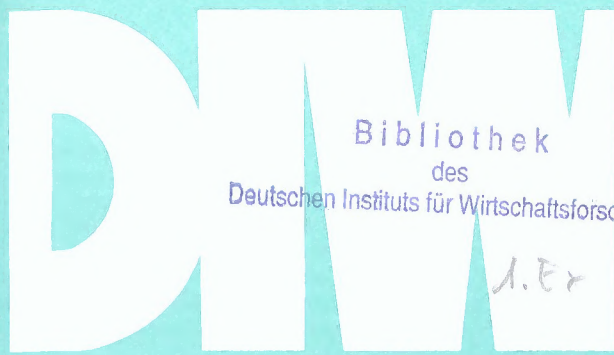




DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 25/98

Berlin

18. Juni 1998

65. Jahrgang

Entwicklung des Staatsdefizits im Jahre 1997 — Ein (notwendiger) Blick zurück

Die Finanzpolitik stand im Jahre 1997 ganz im Banne von Maastricht. Sie versuchte alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die fiskalischen Kriterien des Maastricht-Vertrages zu erfüllen. Im Frühjahr 1997 noch schien dieses Ziel nicht erreichbar zu sein, denn in seiner ersten Berechnung für 1996 hatte das Statistische Bundesamt ein staatliches Finanzierungsdefizit von 134 Mrd. DM bzw. 3,8 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts ermittelt. Angesichts des moderaten Wirtschaftswachstums, der riesigen Steuerausfälle sowie der fiskalischen Folgen der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit schien die Wahrscheinlichkeit gering, binnen Jahresfrist das Staatsdefizit auf 3,0 % des BIP oder gar auf einen darunterliegenden Wert zu drücken, obwohl das Statistische Bundesamt in seinen Berechnungen vom August 1997 ein geringeres Defizit für 1996, nämlich 124 Mrd. DM, ausgewiesen hatte. Die Hoffnung, daß Deutschland eine „punktgenaue“ Landung gelingen könnte, wurde auch nicht durch die am Jahresende 1997 verfügbaren statistischen Informationen genährt.

Um so größer war die Überraschung, als das Statistische Bundesamt Ende Februar dieses Jahres die Höhe des Staatsdefizits 1997 bekanntgab: Mit 102 Mrd. DM bzw. 2,7 % des BIP hatte es deutlich die im Vertrag von Maastricht genannte Grenze unterschritten. Dies bedeutete zum einen, daß die Finanzpolitik ihre restriktive Linie noch verschärft hatte. Zum anderen war zu fragen, ob und in welcher Weise temporäre Einzelmaßnahmen der finanzpolitischen Entscheidungsträger wie auch Neuberechnungen durch das Statistische Bundesamt das Ergebnis beeinflußt hatten.¹ Inzwischen liegen auch die vierteljährlichen Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte für das gesamte Jahr 1997 vor, so daß ein Rückblick auf statistisch gesicherter Basis möglich ist.

Kaum ein finanzpolitisches Problem hatte in den letzten Jahren die Öffentlichkeit so stark bewegt wie die Frage, ob Deutschland die fiskalischen Kriterien des Maastricht-Vertrages würde erfüllen können. Politisch war diese Frage nicht zuletzt deshalb so bedeutsam, weil die Bundesregierung unbedingt eine punktgenaue Erfüllung der im Vertrag von Maastricht genannten Verschuldungsgrenzen anstrebte und hierzu auch die Neubewertung der Goldreserven oder den vorzeitigen Verkauf von Telekom-Aktien erwogen hatte. Im Vertrag von Maastricht ist festgelegt, daß

ein Mitgliedsland weder ein übermäßiges Staatsdefizit noch übermäßige Staatsschulden aufweisen darf, wenn es an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) teilnehmen möchte. Der Referenzwert für das Defizit ist auf 3 % und für die Verschuldung auf 60 % des nominalen BIP festgesetzt worden. Im Stabilitäts- und

¹ Zu einer ersten Einschätzung vgl. Zur Diskussion über das Finanzierungsdefizit des Staates im Jahre 1997. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 10/98.

Wachstumspakt von Dublin wurden Vorkehrungen für eine Härtung der Budgetdisziplin der Länder, die an der EWWU teilnehmen, getroffen.²

Aus wirtschaftspolitischer Sicht stellt sich die Frage nach den gesamtwirtschaftlichen Anpassungslasten des von der Finanzpolitik eingeschlagenen Restriktionskurses. Strenge Haushaltsdisziplin auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wurde immer wieder als zentrale Voraussetzung für einen stabilen Euro angesehen.³ Wenn sich der Staat

² Danach sollen die öffentlichen Haushalte bei normaler Konjunkturlage nahezu ausgeglichen sein. Als Obergrenze für die staatliche Neuverschuldung gelten weiterhin 3 % des BIP, wobei im Falle ständiger Budgetüberschreitungen Sanktionen fällig werden. Nur im Falle einer schweren Rezession wird künftig ein zeitweiliges Überschreiten zulässig sein. Definiert wird eine solche Situation als Rückgang des realen BIP gegenüber dem Vorjahr um mindestens 2 %.

³ Vgl. Bundesministerium der Finanzen: Stabilitätspakt für Europa — Finanzpolitik in der 3. Stufe der WWU, Bonn, 10.11.1995.

Tabelle 1

Nachfrageimpulse des Staates¹⁾

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Mrd. DM; (+) expansiv, (-) kontraktiv					
Steuern						
Tatsächliches Volumen	751,5	770,4	808,2	835,3	849,2 ²⁾	857,2 ²⁾
Neutralitätslinie	754,6	803,3	803,9	841,5	867,0	878,9
Differenz	3,1	32,9	-4,3	6,2	17,8	21,7
Sozialbeiträge						
Tatsächliches Volumen	560,9	594,2	638,8	670,1	702,1	728,3
Neutralitätslinie	562,0	599,5	620,0	665,1	695,6	726,7
Differenz	1,1	5,3	-18,8	-5,0	-6,5	-1,6
Sonstige Einnahmen ³⁾						
Tatsächliches Volumen	70,8	69,8	70,1	75,8	67,1	67,1
Neutralitätslinie	62,0	75,7	72,8	73,0	78,6	69,4
Differenz	-8,8	5,9	2,7	-2,8	11,6	2,3
Summe der Einnahmen						
Tatsächliches Volumen	1 383,2	1 434,3	1 517,1	1 581,2	1 618,4	1 652,6
Neutralitätslinie	1 378,6	1 478,4	1 496,7	1 579,6	1 641,3	1 675,0
Differenz	-4,6	44,1	-20,4	-1,6	22,9	22,4
Staatsverbrauch ./ Absreibungen						
Tatsächliches Volumen	594,5	611,3	634,0	661,0	678,6	678,5
Neutralitätslinie	589,6	635,4	637,9	660,2	686,1	702,4
Differenz	4,8	-24,1	-3,9	0,8	-7,5	-23,9
Bruttoinvestitionen						
Tatsächliches Volumen	87,2	86,8	86,4	83,1	76,7	69,5
Neutralitätslinie	82,4	93,2	90,6	90,0	86,3	79,4
Differenz	4,8	-6,4	-4,2	-6,8	-9,6	-9,9
Transfers						
Tatsächliches Volumen	731,2	774,0	782,8	816,4	833,2 ⁴⁾	844,8 ⁴⁾
Neutralitätslinie	706,0	781,6	807,7	815,0	847,5	862,4
Differenz	25,2	-7,5	-24,9	1,4	-14,3	-17,6
Summe der Ausgaben ⁵⁾						
Tatsächliches Volumen	1 412,9	1 472,2	1 503,2	1 560,5	1 588,5	1 592,8
Neutralitätslinie	1 378,0	1 510,2	1 536,2	1 565,1	1 619,8	1 644,1
Differenz	34,8	-38,0	-33,0	-4,6	-31,3	-51,3
Nachfrageimpulse	30,2	6,1	-53,3	-6,2	-8,5	-28,9
Nachrichtlich:						
Zinsausgaben						
Tatsächliches Volumen	82,8	77,9	81,7	107,9	108,1	113,2
Neutralitätslinie	69,2	88,5	81,3	85,0	112,0	111,9
Differenz	13,6	-10,5	0,3	22,9	-4,0	1,3

1) Ohne Transaktionen mit der übrigen Welt. — 2) Ohne Saldierung mit dem Kindergeld (1996: 34,5 Mrd. DM; 1997: 38,2 Mrd. DM). — 3) Ohne Bundesbankgewinn. — 4) Einschließlich Kindergeld.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

mit seinen Ansprüchen bescheide, würde die Zentralbank nicht unter Druck gesetzt, mehr Liquidität zur Verfügung zu stellen, als mit inflationsfreiem Wachstum vereinbar ist. Hinzu komme, daß der Kapitalmarkt entlastet und das Zinsniveau sinken werde, folglich mehr private Investitionen wahrscheinlich seien. Der Tatsache, daß eine geringere staatliche Nachfrage zu Produktionseinschränkungen führt und/oder Preiszugeständnisse bewirkt, in beiden Fällen aber die Gewinne der Unternehmen schrumpfen und die Investitionstätigkeit beeinträchtigt wird, spielte in dieser Argumentation indes keine Rolle.

Tatsächlich sind in den vergangenen Jahren von der Finanzpolitik in erheblichem Umfang restriktive Einflüsse auf die konjunkturelle Entwicklung ausgegangen⁴ (Tabelle 1). Zwar sorgten Steuerentlastungen — insbesondere für Unternehmen — für expansive Impulse⁵, doch wurden sie durch die kontraktiven Impulse auf der Ausgabenseite überkompensiert. Bereits 1996 war es — im Hinblick auf Maastricht — zu kräftigen Einschnitten bei den Ausgaben gekommen. Noch restriktiver war die Ausgabenpolitik 1997; hier schlugen die negativen Impulse mit 51 Mrd. DM zu Buche. Dem standen auf der Einnahmenseite — auch 1997 kam es bedingt durch die schwache Wirtschaftstätigkeit, mehr aber noch durch die extrem hohe Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen zu hohen Steuerausfällen — expansive Effekte in Höhe von 22 Mrd. DM gegenüber, so daß sich per saldo restriktive Einflüsse in einer Größenordnung von 29 Mrd. DM errechnen; dies entspricht 0,8 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Berücksichtigt man noch die Multiplikator- und Akzeleratorbeziehungen, so hat die staatliche Bremspolitik im vergangenen Jahr einen gesamtwirtschaftlichen Nachfrageverlust von reichlich einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts verursacht.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Abgrenzung des Staatssektors

Der statistisch gemessene Umfang der Staatstätigkeit wie auch die Höhe der Staatsdefizite werden nicht unerheblich von der definitorischen Abgrenzung des Staatssektors bestimmt. Mitunter scheint die Zuordnung willkürlich, insbesondere, wenn für die Bereitstellung öffentlicher Leistungen Unternehmen eingeschaltet sind. Die EU-Mitgliedsstaaten sind gehalten, Defizite und Verschuldung des Staates gemäß den Definitionen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zu ermitteln.⁶ Gegenüber der nationalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ergeben sich einige methodische Unterschiede, die zur Konsequenz haben, daß sich das Staatsdefizit in Abgrenzung der nationalen VGR auch numerisch vom Defizit gemäß dem ESVG-Konzept unterscheidet.⁷

In der nationalen Gesamtrechnung⁸ zählen in Deutschland die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden einschließlich der Sondervermögen wie Lastenausgleichs-

fonds, ERP-Sondervermögen, Kreditabwicklungsfonds, Erblastentilgungsfonds, Fonds „Deutsche Einheit“ und „Bundeseisenbahnvermögen“⁹ zum Staat, ebenso Gemeindeverbände (z.B. Landschaftsverbände) und kommunale Zweckverbände sowie die verschiedenen Träger der Sozialversicherung. Auch Pflegeheime und Krankenhäuser, soweit sie sich in staatlicher Hand befinden, zählen zum Staatssektor. Anders als in nationaler Konvention werden nach dem ESVG die kaufmännisch buchenden Krankenhäuser und Hochschulkliniken nicht zum staatlichen Sektor, sondern zum Unternehmenssektor gerechnet, wenn sie mehr als die Hälfte ihrer Kosten durch Verkaufserlöse (Pflegesatzeneinnahmen) decken. Die staatlichen Investitionszuschüsse an die Krankenhäuser werden im ESVG nur insoweit als Vermögensübertragung behandelt, wie sie an Krankenhäuser mit eigener Rechtspersönlichkeit fließen. Bei Krankenhäusern ohne eigene Rechtspersönlichkeit wird so verfahren, als handele es sich um eine Kapitaleinlage, also um eine rein finanzielle Transaktion. Während in dem einen Fall der Investitionszuschuß des Staates als Ausgabe im Vermögensänderungskonto verbucht wird und somit defizitwirksam ist, werden im anderen Fall Kapitaleinlagen im Finanzierungskonto gebucht; sie stellen keine saldenwirksame Ausgabe dar. Der ökonomisch gleiche Sachverhalt hat also infolge der Unterschiede in der Buchungstechnik ein anderes Ergebnis beim Defizit zur Folge. Dadurch weisen die Defizite in Abgrenzung des ESVG

⁴ Als Nachfrageimpulse werden die Abweichungen der inlandswirksamen Einnahmen und Ausgaben bezeichnet, die sich gegenüber dem realisierten Vorjahresniveau, fortgeschrieben mit dem Anstieg des nominalen Produktionspotentials, ergeben. Nachfragerrelevant sind damit nicht nur diskretionäre Änderungen im Staatshaushalt, sondern auch konjunkturbedingte Schwankungen („automatische Stabilisatoren“). Nicht berücksichtigt werden die Zinsausgaben. Bleiben die staatlichen Einnahme- und Ausgabequoten, bezogen auf das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, unverändert, so gehen vom Staat weder positive noch negative Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus.

⁵ Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß sich die konjunkturellen Wirkungen der steuerlichen Vergünstigungen wegen des Veranlagungs-Lags bereits früher niedergeschlagen haben. Das Konzept zur Messung der Nachfrageimpulse stellt allein auf die Einnahmen- und Ausgabenströme in der VGR ab, so daß es zu Abweichungen zwischen der konjunkturellen Wirksamkeit einer Maßnahme und ihrer Verbuchung im Staatskonto kommen kann.

⁶ Die reformierte und 1996 verabschiedete Fassung des ESVG wird zur Zeit nur intern angewendet; die entsprechenden Daten werden erst 1999 publiziert.

⁷ Vgl. H. Essig, W. Strohm und Mitarbeiter: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 1997. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1997, S. 623 f.

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen, 1996.

⁹ Ohne das der Deutschen Bahn AG zugewiesene Personal.

durchweg niedrigere Werte auf als die Salden in Abgrenzung der nationalen VGR; im Jahre 1996 handelte es sich um 5,1 Mrd. DM, 1997 waren es 5,4 Mrd. DM.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Finanzstatistik

Der Umfang der Staatsaktivitäten in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entspricht nicht dem in der deutschen Finanzstatistik, die die Primärinformationen für die VGR liefert. Wegen der methodischen Unterschiede zwischen Finanzstatistik und VGR ist es, will man Fehlschlüsse vermeiden, auch nicht möglich, von der Höhe und Entwicklung des Staatsdefizits in dem einen System auf das Staatsdefizit in dem anderen System zu schließen. In der VGR betrugen 1997 die Ausgaben der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger 1 778 Mrd. DM, in der Finanzstatistik waren es 1 879 Mrd. DM, also über 100 Mrd. DM mehr. Die Unterschiede schlagen sich fast ausschließlich bei den Gebietskörperschaften nieder

(Tabelle 2). Während sich die Differenzen zwischen VGR und Finanzstatistik bei den Ausgaben des Staates in den letzten Jahren vergleichsweise wenig verändert haben, weisen sie bei den Einnahmen einen steilen Anstieg auf.

Im Gegensatz zur Finanzstatistik, in der die effektiven Ausgaben des Staates zum Zeitpunkt der Zahlung gebucht werden, bezieht die VGR einerseits fiktive Positionen ein, andererseits bleiben reine Finanzierungstransaktionen ausgeklammert. Solche Umbuchungen sind notwendig, damit dem Charakter der VGR, alle kreislaufrelevanten Transaktionen zum Zeitpunkt der Entstehung von Forderungen und Verbindlichkeiten zu erfassen, entsprochen wird.¹⁰ Zum Beispiel werden in der VGR kalkulatorische Abschreibungen auf öffentliche Hochbauten¹¹ berücksich-

¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, a.a.O.

¹¹ Internationalem Brauch folgend werden in der VGR Straßen, Brücken und sonstige Tiefbauten nicht abgeschrieben, vielmehr wird hier angenommen, daß ihr Wert infolge von Reparaturen erhalten bleibt.

Tabelle 2

Einnahmen und Ausgaben des Staates 1992 bis 1997 nach VGR und Finanzstatistik¹⁾

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1993	1994	1995	1996	1997
	Mrd. DM						Veränderungen gegenüber Vorjahr in %				
Einnahmen											
Staat insgesamt											
Finanzstatistik	1 496,3	1 559,7	1 664,2	1 739,7	1 750,5	1 791,7	4,2	6,7	4,5	0,6	2,4
VGR	1 438,0	1 488,2	1 580,8	1 636,9	1 645,0	1 676,0	3,5	6,2	3,5	0,5	1,9
Differenz	58,3	71,5	83,4	102,8	105,5	115,7	.	.	.	.	.
Gebietskörperschaften											
Finanzstatistik	952,9	983,9	1 049,6	1 088,9	1 065,4	1 076,3	3,3	6,7	3,7	-2,2	1,0
VGR	894,7	913,1	963,7	991,0	967,7	972,7	2,1	5,5	2,8	-2,4	0,5
Differenz	58,2	70,8	85,9	97,9	97,7	103,6	.	.	.	.	.
Sozialversicherung											
Finanzstatistik	623,6	675,9	707,8	745,6	780,8	814,1	8,4	4,7	5,3	4,7	4,3
VGR	628,5	679,8	715,0	745,2	787,8	814,5	8,2	5,2	4,2	5,7	3,4
Differenz	-4,9	-3,9	-7,2	0,4	-7,0	-0,4	.	.	.	.	.
Ausgaben											
Staat insgesamt											
Finanzstatistik	1 618,7	1 693,9	1 778,6	1 859,1	1 880,8	1 878,8	4,6	5,0	4,5	1,2	-0,1
VGR	1 525,2	1 600,0	1 668,0	1 746,5 ²⁾	1 770,8	1 777,9	4,9	4,3	4,7	1,4	0,4
Differenz	93,5	93,9	110,6	112,6	110,0	100,9	.	.	.	.	.
Gebietskörperschaften											
Finanzstatistik	1 069,5	1 122,6	1 167,0	1 199,2 ²⁾	1 186,9	1 172,4	5,0	4,0	2,8	-1,0	-1,2
VGR	979,7	1 032,4	1 057,8	1 089,6	1 083,0	1 079,3	5,4	2,5	3,0	-0,6	-0,3
Differenz	89,8	90,2	109,2	109,6	103,9	93,1	.	.	.	.	.
Sozialversicherung											
Finanzstatistik	629,5	670,6	705,2	754,5	789,6	805,1	6,5	5,2	7,0	4,7	2,0
VGR	630,7	672,3	708,2	756,3	784,4	809,8	6,6	5,3	6,8	3,7	3,2
Differenz	-1,2	-1,7	-3,0	-1,8	5,2	-4,7	.	.	.	.	.

1) Die Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte wurden 1996 und 1997 auf Basis der vierteljährlichen Kassenergebnisse fortgeschrieben. — 2) Ohne Schuldenübernahme Treuhand und Kapitalübernahme Reichsbahn.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

tigt. Auch werden fiktive Pensionsrückstellungen gebildet, um die Personalaufwendungen für die Beamten mit jenen der Angestellten und Arbeiter vergleichbar zu machen; die tatsächlich gezahlten Versorgungsbezüge werden als staatliche Transfers an die privaten Haushalte gebucht, stellen also nicht wie in der Finanzstatistik Personalaufwand dar. In der VGR werden die Investitionen entsprechend dem Baufortschritt und nicht nach dem Zeitpunkt der Zahlung erfaßt. Bei der Lohnsteuer wird eine periodengerechte Abgrenzung vorgenommen, weil das Kassenaufkommen im Januar aus den Lohn- und Gehaltszahlungen im Dezember resultiert.

Anders als in der Finanzstatistik werden in der VGR die Darlehen und Beteiligungen nicht als einnahme- und ausgabewirksame Transaktionen verbucht, denn sie tangieren den Staat nicht in seiner Rolle als Konsument, Produzent oder Investor. Zu Abweichungen zwischen VGR und Finanzstatistik war es bis 1994 auch infolge der unterschiedlichen Behandlung der Bundesbankgewinne gekommen. In der VGR wurde bis dahin die gesamte Gewinnablieferung an den Bund als Einnahme verbucht, während in der Finanzstatistik nur der im Bundeshaushalt regelmäßig in Höhe von 7 Mrd. DM veranschlagte Gewinn berücksichtigt und der überschießende Teil zur Schuldentilgung des Bundes verwendet wurde, dieser Teil finanzstatistisch also nicht saldenwirksam war. Seit 1995 wird die Gewinnabführung in voller Höhe beim Bund ausgewiesen; die Differenz zu 7 Mrd. DM fließt als Transfer des Bundes an sein Sondervermögen „Erblastentilgungsfonds“, was zur Folge hat, daß der Bundesbankgewinn bezogen auf den Gesamtstaat in VGR und Finanzstatistik in gleichem Maße saldenwirksam wird. In der Position „Sonstige“ schlagen sich verschiedene Positionen nieder: Einmal werden hier die Differenzen aus dem innerstaatlichen Zahlungsverkehr verbucht; zum anderen werden Umsetzungen im Rahmen der Wohnungsbauförderung oder auch der EG-Agrarmarktordnung vorgenommen. Zudem wird in der VGR — anders als in der Finanzstatistik — das Agio/Disagio bei der Ausgabe von Staatspapieren nicht berücksichtigt; in der Finanzstatistik ist diese Position in den Zinsausgaben enthalten.

Auch bei der Sozialversicherung bestehen Differenzen zwischen VGR und Finanzstatistik. Sie sind weniger auf die unterschiedliche Buchung der Darlehen und Beteiligungen, sondern vor allem darauf zurückzuführen, daß die Berechnung der Sozialbeiträge auf unterschiedlichen Methoden beruht. Die VGR berücksichtigt nicht nur die tatsächlichen Beiträge, sondern auch „fiktive“, die sie aus dem gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang ableitet. Mit diesem Vorgehen soll der Erwerb von Ansprüchen auf soziale Leistungen abgebildet werden, die nicht in direktem zeitlichen Zusammenhang mit den tatsächlich gezahlten Lohneinkommen stehen.

Ein Problem ist die Entwicklung am „aktuellen Rand“. Für die Jahre 1996 und 1997 sind bislang nur die vierteljährlichen Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte¹² ver-

fügbare, nicht jedoch die Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts.¹³ Letztere werden in der Regel erst zwei Jahre nach Kassenschluß veröffentlicht und umfassen — anders als die vierteljährliche Kassenstatistik — alle Transaktionen der öffentlichen Hand. Zum Teil sehr große Unterschiede weist der Saldo der innerstaatlichen Transferzahlungen auf: In der Haushaltsrechnung 1995 betrug er lediglich 0,8 Mrd. DM, in der Kassenstatistik indes fast 12 Mrd. DM; in der Kassenstatistik sind noch nicht alle Transaktionen eines Jahres verbucht, was die Fortschreibung und Schätzung erschwert.

In den Jahren 1992 bis 1996 waren die Staatsdefizite in Abgrenzung der VGR stets geringer als die Fehlbeträge in den Haushaltsrechnungen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern. Nachdem 1995 und 1996 die Differenzen bereits geschmolzen waren, drehte sich 1997 das Bild: In der VGR wurde das gesamte Staatsdefizit mit 102 Mrd. DM ausgewiesen, in finanzstatistischer Abgrenzung betrug es 87 Mrd. DM (Tabelle 3). Das heißt: In finanzstatistischer Abgrenzung war der Defizitrückgang mit 43 Mrd. DM fast doppelt so hoch wie in der VGR (22 Mrd. DM). Ein Grund für diese Entwicklung liegt darin, daß in den letzten Jahren die Darlehensrückflüsse quantitativ immer mehr ins Gewicht fielen, ein anderer darin, daß 1997 so viele Beteiligungen wie nie zuvor veräußert worden sind; hinzu kommt, daß die Bundesbankgewinne seit 1995 in der VGR wie in der Finanzstatistik in gleicher Höhe berücksichtigt werden.

Die Salden der Sozialversicherungsträger variieren weit aus stärker als die Defizite von Bund, Ländern und Gemeinden. Dies liegt an der hohen Konjunkturreakibilität der Sozialversicherungshaushalte, die wiederum häufig Aktivitäten der politischen Entscheidungsträger auslöst.

Revisionen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung versucht, ein umfassendes quantitatives Gesamtbild der makroökonomischen Vorgänge zu liefern. Das Ausgangsmaterial für die Berechnungen bilden die Ergebnisse aus allen Gebieten der Wirtschafts- und Finanzstatistik sowie verwandter Statistikbereiche. Für die spezifischen Zwecke der VGR muß das statistische Grundmaterial umgestellt, und Lücken im Ausgangsmaterial müssen durch Schätzungen ergänzt werden.

Für die Berechnung der Zeitreihen stehen Daten von unterschiedlicher Aktualität zur Verfügung. Damit die Ergebnisse möglichst zeitnah ermittelt werden können, sind zunächst in erheblichem Umfang Schätzungen erforderlich. In der Folgezeit müssen immer wieder Korrekturen

¹² Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2, Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte.

¹³ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1, Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts.

Tabelle 3

Staatsdefizite nach VGR und Finanzstatistik
Mill. DM

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Gebietskörperschaften						
Defizit nach VGR	-85 040	-119 230	-94 120	-98 610 ¹⁾	-115 280	-106 600
./.. Darlehen an Dritte	-27 158	-28 985	-34 736	-32 482	-26 564	-28 268
+ Darlehensrückflüsse	9 423	13 103	15 126	15 260	18 090	20 773
./.. Erwerb von Beteiligungen	-5 902	-5 940	-5 025	-5 570	-7 021	-4 902
+ Veräußerung von Beteiligungen	813	1 237	6 412	15 531	6 389	21 092
+ Periodisierungen	-5 540	-540	1 160	2 570	1 980	2 170
Lohnsteuer	-1 640	-350	-3 050	720	-960	-310
Bauinvestitionen	-3 900	-190	4 210	1 850	2 940	2 480
./.. Bundesbankgewinn	-7 460	-6 090	-11 260	—	—	—
+ Schuldenerlaß Entwicklungsländer	250	250	290	2 310	480	530
Sonstige	4 027	7 484	4 786	-9 268	456	-845
darunter: Innerstaatliche Transfers	1 387	93	-5 295	-755	-1 000 ²⁾	-1 000 ²⁾
Defizit nach Finanzstatistik ³⁾	-116 587	-138 711	-117 367	-110 259	-121 470	-96 050
Sozialversicherung						
Defizit nach VGR	-2 200	7 440	6 870	-11 090	-10 570	4 740
./.. Darlehen an Dritte	-1 004	-1 139	-711	-415	-427	-248
+ Darlehensrückflüsse	587	570	637	780	981	448
./.. Erwerb von Beteiligungen	-73	-163	-261	-211	-258	-150
+ Veräußerung von Beteiligungen	0	0	3	0	0	0
Sonstige	-3 194	-1 397	-3 919	2 024	1 494	4 220
Defizit nach Finanzstatistik	-5 884	5 311	2 619	-8 912	-8 780	9 010

¹⁾ Ohne Schuldenübernahme Treuhand und Reichsbahn (233,07 Mrd. DM) sowie Kapitalübernahme Deutsche Kreditbank (5,59 Mrd. DM). — ²⁾ Schätzung des DIW. — ³⁾ Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts; 1996 und 1997 auf Basis der vierteljährlichen Kassenergebnisse fortgeschrieben.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

vorgenommen werden, weil die Primärstatistiken erst nach und nach vollständig verfügbar sind.¹⁴ Für den Staatssektor werden normalerweise die ersten Jahresergebnisse der VGR im März des darauffolgenden Jahres in detaillierter Form veröffentlicht. Zu diesem Zeitpunkt liegen für viele öffentlichen Haushalte, insbesondere die Gemeinden und Sondervermögen, die Ergebnisse des letzten Quartals noch nicht vor. Im laufenden Jahr hatte das Statistische Bundesamt besondere Anstrengungen unternommen, früher als üblich die Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte zusammenzustellen. Wegen der bevorstehenden Entscheidung über die Teilnahme an der EWWU sollten die ersten vorläufigen Berechnungen im Rahmen der VGR auf eine breitere und somit „sicherere“ Basis gestellt werden.

Darüber hinaus werden nach Ablauf eines jeden Quartals die Vierteljahresergebnisse für den Staatsverbrauch veröffentlicht und die Daten der Vorquartale korrigiert. Auch später werden immer wieder Neuberechnungen vorgenommen. Dies gilt erst recht für die umfassenden, in

mehrjährigen Abständen durchgeführten „großen“ Revisionen der VGR; die nächste steht 1999 bevor.

Die rückwirkenden Neuberechnungen des Statistischen Bundesamtes blieben nicht ohne Folgen für die Höhe des Staatsdefizits im Jahre 1997. Durch die Revision und die methodische Anpassung an das ESVG vom September 1997 fiel das Staatsdefizit 1996 um 10 Mrd. DM niedriger aus. Dies führte auch zu geringeren Wertansätzen für das Jahr 1997. Allerdings enthielten die Revisionen des Statistischen Bundesamtes vom Februar diesen Jahres einige nicht vorhersehbare Korrekturen; namentlich gilt dies für die laufenden Übertragungen des Staates an die übrige Welt und die Zinsausgaben der öffentlichen Hand.

Bei der Fortschreibung der laufenden Übertragungen an die übrige Welt auf Basis der Ergebnisse vom Herbst 1997 kam es zu einer erheblichen „Überschätzung“ durch das

¹⁴ Vgl. auch Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, a.a.O., S. 22 f.

Tabelle 4

Sonstige laufende Übertragungen des Staates an die übrige Welt
Mill. DM

	1995			1996			1997		
	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr
VGR Stand August 97	24 850	26 900	51 750	27 700	22 430	50 130	28 200	—	.
Zahlungsbilanzstatistik	23 394	25 623	49 017	25 707	20 737	46 444	26 058	—	.
Differenz	1 456	1 277	2 733	1 993	1 693	3 686	2 142	—	.
VGR Stand Februar 98	23 260	25 210	48 470	25 620	20 670	46 290	25 840	21 890	47 730
Differenz	—134	—413	—547	—87	—67	—154	—218	—94	—312
Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.									

DIW. Sowohl das DIW wie auch das Statistische Bundesamt stützen sich bei ihren Berechnungen auf die Daten der Zahlungsbilanzstatistik der Bundesbank, die in den Jahren zuvor immer niedriger waren als die VGR-Zahlen. Als Grund für diese Differenz waren vom Statistischen Bundesamt insbesondere die Aufwendungen im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr genannt worden. Im Jahre 1995 betrug diese Differenz 2,74 Mrd. DM, 1996 waren es 3,69 Mrd. DM. Für das erste Halbjahr 1997 errechnete sich nach den im August vorgelegten Daten des Statistischen Bundesamtes ein Unterschiedsbetrag von 2,14 Mrd. DM. In seiner Schätzung für das zweite Halbjahr hatte das DIW einen Betrag von 2 Mrd. DM eingestellt. Aufgrund der Neuberechnungen durch das Bundesamt liegen nun die VGR-Zahlen unter denen der Zahlungsbilanzstatistik, d.h. die Übertragungen des Staates an die übrige Welt wurden um 4,5 Mrd. DM nach unten revidiert (Tabelle 4).

Auch die Zinseinnahmen des Staates wurden erheblich korrigiert. Im Zusammenhang mit der Vereinigung waren sog. Verwahrkonten eingerichtet worden, auf denen die Tilgungs- und Zinszahlungen aus Forderungen der DDR gegenüber ihren Handelspartnern verbucht wurden. Bis zum Herbst 1997 waren auf diesen Konten fast 8 Mrd. DM angesammelt worden. Diese Eingänge, die in der Finanzstatistik als Einnahmen des Erblastentilgungsfonds behandelt wurden, sollten ursprünglich in der VGR in voller Höhe als Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dem Jahr 1997 zugerechnet werden. Das Statistische Bundesamt hat den Betrag indes rückwirkend und „periodengerecht“ auf die Jahre 1995, 1996 und 1997 verteilt.¹⁵ Für 1997 sind 2½ Mrd. DM eingestellt worden, der Finanzierungssaldo des Staates in der VGR hat sich also nur in dieser Höhe verringert. Dabei hat das Amt angenommen, daß der Schuldendienst allein Zinszahlungen umfaßte. Wäre auch ein Tilgungsanteil unterstellt worden, hätte sich das Staatsdefizit in VGR-Abgrenzung weniger stark vermindert.

Einen Überblick darüber, wie sich die Neuberechnungen vom Februar 1998 rückwirkend auf die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern in Abgrenzung der VGR ausgewirkt haben, vermittelt Tabelle 5. Bei den Gebietskörperschaften fallen die Ausgaben für 1995 um insgesamt 4 Mrd. DM und für 1996 um 2,4 Mrd. DM niedriger, für das erste Halbjahr 1997 indes um 2,9 Mrd. DM höher aus, weil insbesondere die Ansätze für den Staatsverbrauch, die Zinsen und für „Sonstiges“ revidiert wurden. Diese Anhebungen überkompensierten das Minus bei den laufenden Übertragungen an die übrige Welt. Die Auswirkungen der Änderungen auf den Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften waren für das erste Halbjahr 1997 und für 1996 gering, in den Jahren zuvor etwas gewichtiger. Quantitativ bedeutsamer waren die Neuberechnungen bei der Sozialversicherung. Hier steht nun für das erste Halbjahr 1997 ein um 3 Mrd. DM höheres Defizit zu Buche als in den Berechnungen vom August 1997. Die Fehlbeträge des gesamten Staatssektors sind für das Jahr 1995 um 1,6 Mrd. DM herab- und für 1996 um 1,6 Mrd. DM heraufgesetzt worden. Im ersten Halbjahr 1997 ist ein um 2,8 Mrd. DM höheres Defizit ausgewiesen.

Alles in allem haben sich die Neuberechnungen rückwirkend scheinbar nur in recht geringem Umfang im Staatskonto niedergeschlagen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Neuberechnungen im einzelnen durchaus bedeutend waren. Neben den Einnahmen aus der Auflösung von Verwahrkonten und den laufenden Übertragungen des Staates an die übrige Welt gilt dies auch für die Entwicklung des Staatsverbrauchs, und zwar im Jahresverlauf 1997. Der im November 1997 veröffentlichte Wert für das dritte Quartal lag bei 172,7 Mrd. DM, im Februar 1998 waren indes nur noch 170,2 Mrd. DM angesetzt worden. Die erste Zahl bedeutete ein geringfügiges Plus gegenüber

¹⁵ Strittig mag sein, ob man diese Transaktion unter der Rubrik „Revisionen der VGR“ behandelt.

Tabelle 5

**Auswirkungen der Neuberechnung der staatlichen Einnahmen
und Ausgaben in der VGR**
Differenzen der Berechnungen vom Februar 1998 und September 1997 in Mill. DM

	1994			1995			1996			1997
	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.
Gebietskörperschaften										
Steuern	0	0	0	40	50	90	160	-2 350	-2 190	2 380
Sozialbeiträge	0	0	0	30	40	70	0	30	30	80
Sonstige Einnahmen	-520	-640	-1 160	-70	-360	-430	-210	-430	-640	660
Einnahmen insgesamt	-520	-640	-1 160	0	-270	-270	-50	-2 750	-2 800	3 120
Staatsverbrauch	0	0	0	-630	-780	-1 410	-620	-900	-1 520	1 930
Zinsausgaben	440	450	890	390	120	510	120	1 100	1 220	1 290
Laufende Übertragungen	110	100	210	-1 050	-930	-1 980	-1 720	-1 720	-3 440	-1 630
an Unternehmen	0	0	0	160	310	470	470	420	890	910
an private Haushalte	110	100	210	380	450	830	-110	-100	-210	-110
an übrige Welt	0	0	0	-1 590	-1 690	-3 280	-2 080	-2 040	-4 120	-2 430
Bruttoinvestitionen	0	0	0	0	10	10	380	400	780	-70
Sonstige Ausgaben	110	110	220	-620	-510	-1 130	210	350	560	1 360
Ausgaben insgesamt	660	660	1 320	-1 910	-2 090	-4 000	-1 630	-770	-2 400	2 880
Finanzierungssaldo	-1 180	-1 300	-2 480	1 910	1 820	3 730	1 580	-1 980	-400	240
Sozialversicherung										
Steuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sozialbeiträge	900	640	1 540	20	-1 140	-1 120	280	430	710	-1 720
Sonstige Einnahmen	0	0	0	220	40	260	190	130	320	310
Einnahmen insgesamt	900	640	1 540	240	-1 100	-860	470	560	1 030	-1 410
Staatsverbrauch	0	0	0	-10	1 430	1 420	640	3 020	3 660	-730
Zinsausgaben	0	0	0	0	10	10	0	30	30	0
Laufende Übertragungen	230	-220	10	-420	220	-200	-80	-440	-520	2 810
an Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
an private Haushalte	230	-220	10	-430	490	60	-50	-340	-390	2 830
an übrige Welt	0	0	0	10	-270	-260	-30	-100	-130	-20
Bruttoinvestitionen	0	0	0	0	0	0	-500	-480	-980	-490
Sonstige Ausgaben	0	0	0	10	0	10	0	0	0	0
Ausgaben insgesamt	230	-220	10	-420	1 660	1 240	60	2 130	2 190	1 590
Finanzierungssaldo	670	860	1 530	660	-2 760	-2 100	410	-1 570	-1 160	-3 000
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.										

dem Vorjahr, die zweite indes ein Minus (-1,1 %). Nicht nur diese Korrektur überraschte, sondern auch das Ergebnis für das vierte Quartal, in dem der Rückgang noch etwas stärker ausfiel (-1,4 %); eine solche Entwicklung war noch nie zuvor beobachtet worden.

Entwicklung nach Haushaltsebenen im Jahre 1997

Die massiven Ausgabekürzungen im Jahre 1997 waren auch eine Reaktion darauf, daß viel größere Steuerausfälle als ursprünglich erwartet hingenommen werden mußten. Praktisch waren das ganze Jahr über auf allen Ebenen Haushaltssperren verhängt, die im Laufe des Jahres teilweise noch verschärft wurden. Auch mußten Nachtrags-

haushalte aufgestellt werden. Anders als beim Bund, der sich politisch für die punktgenaue Einhaltung des Defizitkriteriums verantwortlich fühlte und all sein Handeln diesem Ziel unterwarf, stand bei Ländern und Gemeinden die Überlegung im Vordergrund, daß auf die riesigen Steuerausfälle ausgabenseitig reagiert werden mußte, um die Defizite zu begrenzen. Die Tatsache, daß die Höhe des Defizits im Jahre 1997 über die Teilnahme an der EWWU mit entschieden hat, dürfte bei Ländern und Gemeinden nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Nach dem Vertrag von Maastricht ist die Bundesregierung für die Einhaltung der fiskalischen Konvergenzkriterien verantwortlich. Doch benötigt sie dabei die Unterstützung der Länder und ihrer Gemeinden, was bedeutet, daß die Verschuldungs-

grenzen vertikal wie horizontal aufgeteilt werden müssen und Sanktionsmechanismen im Binnenverhältnis vorzusehen sind. Zwar finden hierüber Verhandlungen zwischen Bund und Ländern statt, doch ist es bislang noch zu keiner Einigung gekommen.

Insbesondere die *Gemeinden* versuchten wie bereits in den Vorjahren, ihre Finanzprobleme über eine Kürzung der Investitionsausgaben in den Griff zu bekommen. Aus haushaltsrechtlichen Gründen sind sie gezwungen, den Rotstift bei den Investitionen anzusetzen, wenn ihre Verwaltungshaushalte defizitär, d.h. die laufenden Ausgaben größer als die laufenden Einnahmen sind. Prozyklisches Verhalten der Gemeinden wird aber auch durch die Zuweisungspraxis der Länder erzwungen, die ihre Leistungen im kommunalen Finanzausgleich immer dann kürzen, wenn auch ihre Einnahmen schwinden. Die anderen Ausgabepositionen blieben ebenfalls nicht von Kürzungen verschont (Tabellen 6 und 7). Mit Ausnahme der laufenden Sachaufwendungen blieben alle wichtigen Positionen hinter dem Vorjahresergebnis zurück.¹⁶ Die Personalausgaben sind um fast 2 % und damit noch stärker als im Jahr zuvor gesunken. Eine Rolle spielten die niedrigen Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, vor allem aber machte sich der Stellenabbau — insbesondere in Ostdeutschland — bemerkbar. Einen kräftigen Rückgang verzeichneten die sozialen Aufwendungen (—8 %). Hier ist es durch die Einführung der Pflegeversicherung zu erheblichen Entlastungen gekommen. Ausgaben, die bisher die Kommunen belasteten, werden nun aus dem Topf der Pflegeversicherung bezahlt. Vergleicht man die Quartalsergebnisse mit denen des Vorjahres, so zeigt sich, daß die Gemeinden im Jahresverlauf ihren Sparkurs nicht weiter verschärft haben. Insgesamt sind die kommunalen Ausgaben um 3 % gesenkt worden. Da die Einnahmen etwas weniger stark zurückgegangen sind, konnte das Finanzierungsdefizit — in finanzstatistischer Abgrenzung — von 6,6 auf 5,8 Mrd. DM verringert werden. In Abgrenzung der VGR sind die Defizite indes von 2,7 Mrd. DM auf nur noch 600 Mill. DM gesunken; Einnahmen und Ausgaben haben sich weniger stark als in der Finanzstatistik vermindert.

Auch die *Länder* haben 1997 — jedenfalls in finanzstatistischer Abgrenzung — weniger Geld als im Jahr zuvor ausgegeben (—0,2 %), wobei der Sparkurs im ersten Halbjahr weniger ausgeprägt war als in der zweiten Jahreshälfte. Wegen des hohen Gewichts der Personalausgaben profitierten die Länder in besonderem Maße von den niedrigen Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst. Dennoch bauten auch sie in erheblichem Umfang Stellen ab. Einem geringen Anstieg der Personalausgaben stand ein Rückgang beim laufenden Sachaufwand und bei den Zuweisungen an die Gemeinden gegenüber. Die Sachinvestitionen waren nur leicht rückläufig. Hingegen wurden die Transferzahlungen noch relativ kräftig aufgestockt. Da die Einnahmen um 1,5 % gestiegen sind, konnte das Defizit merklich, um 8 auf 39 Mrd. DM verringert werden. In Abgrenzung der VGR indes hat der Fehlbetrag um fast 4 Mrd. DM auf

47 Mrd. DM zugenommen. Der Grund für die Differenz zwischen VGR und Finanzstatistik ist insbesondere in den hohen Erlösen aus dem Verkauf von Beteiligungen sowie im Rückgang bei der Gewährung von Darlehen zu sehen. Hinzu kommt, daß der im Rahmen der VGR berechnete Staatsverbrauch einen — wenn auch nur geringen — Zuwachs, die Summe aus Personal- und Sachaufwand in der Finanzstatistik hingegen einen Rückgang aufweist. Läßt man die Beteiligungen außer acht, so bestätigt sich die Vermutung, daß die Länder sich nicht in dem Maße wie der Bund auf „Maastricht-Kurs“ bewegten.

Die enormen Steuerausfälle wie auch die hohen Belastungen durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ließen den Haushaltsplan 1997 des *Bundes* schon bald zur Makulatur werden. Weder die im Juni verhängte, noch die im Oktober verschärfte Haushaltssperre vermochten den Haushaltsvollzug in Einklang mit dem Soll zu bringen, so daß gegen Jahresende ein Nachtragshaushalt beschlossen werden mußte. Dennoch ist es dem Bund gelungen, sein Defizit merklich, nämlich von 69 auf 59 Mrd. DM (VGR) bzw. von 66 auf 50 Mrd. DM (Finanzstatistik, einschließlich Sondervermögen), zu senken. Der stärkere Defizitrückgang in finanzstatistischer Abgrenzung ist darauf zurückzuführen, daß der Bund aus der Veräußerung von Beteiligungen (Lufthansa, Telekom, Wohnungsbaugesellschaft) Mehreinnahmen in Höhe von knapp 6 Mrd. DM erzielte.

Die Differenz zwischen Finanzstatistik und VGR hätte eigentlich noch größer ausfallen müssen, da es auch bei den Darlehensrückflüssen zu kräftigen und im Haushaltsplan nicht veranschlagten Mehreinnahmen von 1,4 Mrd. DM gekommen ist. Hierbei handelte es sich um die vorzeitige Rückzahlung eines zinslosen Darlehens, das der Airbus-Industrie in den 80er Jahren gewährt worden war, aber nur im Falle des Erfolgs zurückgezahlt werden sollte. Eigentlich hätten 7 Mrd. DM zurückfließen müssen. Die Differenz wird mit dem (erstaunlich hoch) kalkulierten Abzinsungsfaktor erklärt. Ungewöhnlich ist die unterschiedliche Verbuchungspraxis in VGR und Finanzstatistik: In der Finanzstatistik wurde die Zahlung als Darlehensrückfluß behandelt, während sie in der VGR als empfangene Vermögensübertragung dargestellt ist und folglich das Finanzierungsdefizit vermindert hat. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erfolgte die Verbuchung nach Konsultation mit Eurostat. Begründet wird die Vorgehensweise damit, daß wegen der Erfolgsabhängigkeit der Rückzahlung keine Kreditbeziehung zwischen Bund und Airbus-Industrie (bzw. DASA) vorgelegen habe.

Insgesamt haben die Einnahmen des Bundes einschließlich seiner Sondervermögen 1997 praktisch stagniert (VGR) bzw. sind geringfügig gestiegen (Finanzstatistik).

¹⁶ Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß auch 1997 kommunale Einrichtungen aus den Gemeindehaushalten ausgegliedert worden sind, wodurch der Vergleich mit dem Vorjahr beeinträchtigt ist.

Tabelle 6

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften in der VGR

	1995			1996			1997			1996			1997		
	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr
	Mrd. DM									Veränderungen gegenüber Vorjahr in %					
	Bund ¹⁾														
Einnahmen	238,5	259,7	498,3	220,4	244,7	465,1	218,8	247,1	465,9	-7,6	-5,8	-6,7	-0,7	1,0	0,2
Steuern	204,7	232,6	437,3	192,4	217,9	410,2	191,3	220,7	412,1	-6,0	-6,3	-6,2	-0,6	1,3	0,5
Übertragungen v. Staat	5,4	7,1	12,5	5,7	5,5	11,2	5,7	5,7	11,4	5,6	-22,5	-10,4	0,0	3,6	1,8
Sonstige	28,4	20,0	48,5	22,3	21,3	43,7	21,8	20,7	42,4	-21,5	6,5	-9,9	-2,2	-2,8	-3,0
Ausgaben	459,5	320,3	799,7	253,6	280,2	533,9	257,6	266,8	524,5	-44,8	-12,5	-33,2	1,6	-4,8	-1,8
Staatsverbrauch	33,6	46,7	80,3	35,0	44,7	79,7	36,2	42,4	78,6	4,2	-4,3	-0,7	3,4	-5,1	-1,4
Zinsen	40,6	46,7	87,3	40,5	45,7	86,2	41,7	45,2	86,8	-0,2	-2,1	-1,3	3,0	-1,1	0,7
Laufende Übertragungen															
an private Haushalte	45,6	46,9	92,5	38,7	39,9	78,6	38,3	39,1	77,4	-15,1	-14,9	-15,0	-1,0	-2,0	-1,5
an Unternehmen	19,0	27,3	46,3	15,2	25,4	40,6	13,3	23,1	36,3	-20,0	-7,0	-12,3	-12,5	-9,1	-10,6
an Ausland	23,3	25,0	48,4	25,7	20,5	46,2	26,0	21,7	47,7	10,3	-18,0	-4,5	1,2	5,9	3,2
Bruttoinvestitionen	3,3	6,6	9,9	3,0	6,4	9,4	3,2	4,3	7,4	-9,1	-3,0	-5,1	6,7	-32,8	-21,3
Übertragungen an Staat	81,9	81,0	163,0	91,0	88,6	179,6	93,9	85,4	179,3	11,1	9,4	10,2	3,2	-3,6	-0,2
Sonstige ²⁾	212,2	40,1	272,0	4,5	9,0	13,6	5,0	5,6	11,0	.	.	.	.	.	.
Finanzierungssaldo	-220,9	-60,5	-281,4	-33,2	-35,5	-68,7	-38,9	-19,7	-58,6	.	.	.	.	.	.
	Länder														
Einnahmen	207,0	230,7	437,7	216,7	238,1	454,8	216,6	240,2	456,7	4,7	3,2	3,9	0,0	0,9	0,4
Steuern	148,5	158,9	307,4	152,1	163,0	315,1	150,4	163,8	314,2	2,4	2,6	2,5	-1,1	0,5	-0,3
Übertragungen v. Staat	33,5	43,7	77,2	37,6	46,2	83,8	37,7	44,6	82,3	12,2	5,7	8,5	0,3	-3,5	-1,8
Sonstige	25,0	28,1	53,1	27,0	28,9	55,9	28,5	31,8	60,2	8,0	2,8	5,3	5,6	10,0	7,7
Ausgaben	217,6	266,0	483,6	227,3	271,4	498,7	231,1	273,1	504,1	4,5	2,0	3,1	1,7	0,6	1,1
Staatsverbrauch	97,7	118,4	216,1	101,6	119,0	220,7	102,1	120,0	221,7	4,0	0,5	2,1	0,5	0,8	0,5
Zinsen	18,1	14,3	32,4	18,7	15,3	34,0	20,3	16,7	37,0	3,3	7,0	4,9	8,6	9,2	8,8
Laufende Übertragungen															
an private Haushalte	29,0	30,7	59,8	29,7	31,6	61,3	30,7	32,8	63,5	2,4	2,9	2,5	3,4	3,8	3,6
an Unternehmen	6,2	9,7	15,9	8,0	11,8	19,8	8,2	12,8	21,1	29,0	21,6	24,5	2,5	8,5	6,6
an Ausland	0,7	0,7	1,4	0,7	0,7	1,4	0,6	0,7	1,3	0,0	0,0	0,0	-14,3	0,0	-7,1
Bruttoinvestitionen	6,0	10,6	16,6	5,9	10,3	16,1	5,9	9,8	15,7	-1,7	-2,8	-3,0	0,0	-4,9	-2,5
Übertragungen an Staat	50,9	63,8	114,7	53,9	63,5	117,4	52,4	62,3	114,7	5,9	-0,5	2,4	-2,8	-1,9	-2,3
Sonstige	9,0	17,8	26,7	8,8	19,2	28,0	10,9	18,0	29,1	-2,2	7,9	4,9	23,9	-6,2	3,9
Finanzierungssaldo	-10,6	-35,3	-45,9	-10,6	-33,3	-43,9	-14,5	-32,9	-47,4	.	.	.	.	.	.
	Gemeinden														
Einnahmen	115,9	133,6	249,6	119,1	131,8	250,8	117,4	131,3	248,8	2,8	-1,3	0,5	-1,4	-0,4	-0,8
Steuern	45,5	48,5	94,0	45,9	47,5	93,5	46,6	49,3	95,9	0,9	-2,1	-0,5	1,5	3,8	2,6
Übertragungen v. Staat	48,7	61,3	110,0	51,0	60,6	111,6	49,2	58,8	107,9	4,7	-1,1	1,5	-3,5	-3,0	-3,3
Sonstige	21,7	23,8	45,6	22,2	23,7	45,7	21,6	23,2	45,0	2,3	-0,4	0,2	-2,7	-2,1	-1,5
Ausgaben	122,4	137,2	259,5	121,0	132,5	253,5	117,6	131,8	249,4	-1,1	-3,4	-2,3	-2,8	-0,5	-1,6
Staatsverbrauch	63,2	73,1	136,3	64,1	68,8	132,9	60,9	67,5	128,4	1,4	-5,9	-2,5	-5,0	-1,9	-3,4
Zinsen	5,2	6,0	11,2	5,3	6,1	11,4	5,5	6,3	11,8	1,9	1,7	1,8	3,8	3,3	3,5
Laufende Übertragungen															
an private Haushalte	17,7	18,2	35,9	18,4	18,3	36,8	19,3	19,6	38,9	4,0	0,5	2,5	4,9	7,1	5,7
an Unternehmen	3,0	3,7	6,7	3,0	3,7	6,6	3,4	3,6	7,0	0,0	0,0	-1,5	13,3	-2,7	6,1
an Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	.	.	.	.	.	.
Bruttoinvestitionen	26,7	26,4	53,1	23,1	25,6	48,7	21,2	23,5	44,7	-13,5	-3,0	-8,3	-8,2	-8,2	-8,2
Übertragungen an Staat	4,9	8,1	13,0	5,6	8,4	13,9	5,7	8,2	13,9	14,3	3,7	6,9	1,8	-2,4	0,0
Sonstige	1,7	1,7	3,3	1,5	1,6	3,2	1,6	3,1	4,7	-11,8	-5,9	-3,0	6,7	93,8	46,9
Finanzierungssaldo	-6,4	-3,5	-10,0	-2,0	-0,7	-2,7	-0,2	-0,5	-0,6	.	.	.	.	.	.

¹⁾ Einschließlich Sondervermögen. — ²⁾ 1995 einschließlich Schuldenübernahme der Treuhandanstalt. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Tabelle 7

**Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte
nach Arten und Haushaltsebenen in der Finanzstatistik¹⁾**

	1996					1997					1997				
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr
	Mrd. DM										Veränderungen gegenüber Vorjahr in %				
	Bund														
Einnahmen	92,3	102,3	100,6	119,2	414,3	86,9	103,3	98,6	128,7	417,5	-5,9	1,0	-2,0	8,0	0,8
Steuern	83,6	85,9	92,1	110,9	372,5	77,6	87,6	88,7	114,8	368,3	-7,2	2,0	-3,7	3,5	-1,1
Transfers v. Staat	1,2	1,0	1,3	1,0	4,4	1,3	0,9	1,5	1,1	4,8	8,3	-10,0	15,4	10,0	9,1
Sonstige	7,5	15,4	7,2	7,3	37,4	8,0	14,8	8,4	12,8	44,4	6,7	-3,9	16,7	75,3	18,7
Ausgaben	121,5	118,7	119,9	132,8	492,9	126,7	116,4	115,0	122,9	481,0	4,3	-1,9	-4,1	-7,5	-2,4
Personalausgaben	13,3	12,5	13,0	14,2	52,9	13,6	11,9	13,0	14,0	52,5	2,3	-4,8	0,0	-1,4	-0,8
Lfd. Sachaufwand	7,8	8,5	9,7	12,7	38,7	9,3	8,6	8,8	11,4	38,1	19,2	1,2	-9,3	-10,2	-1,6
Zinsausgaben	14,6	9,2	13,7	13,4	50,9	15,4	10,4	13,8	13,9	53,4	5,5	13,0	0,7	3,7	4,9
Lfd. Zuweisungen	18,3	18,9	19,5	20,5	77,1	17,2	18,2	19,5	18,4	73,4	-6,0	-3,7	0,0	-10,2	-4,8
Transfers an Staat	62,5	63,5	55,9	54,7	236,6	64,6	61,4	51,3	49,9	227,2	3,4	-3,3	-8,2	-8,8	-4,0
Sachinvestitionen	1,2	2,1	3,1	5,6	12,1	1,2	2,4	3,1	5,4	12,2	0,0	14,3	0,0	-3,6	0,8
Sonstige	3,8	4,0	5,0	11,7	24,6	5,4	3,5	5,5	9,9	24,2	42,1	-12,5	10,0	-15,4	-1,6
Finanzierungssaldo	-29,1	-16,4	-19,3	-13,6	-78,5	-39,7	-13,1	-16,4	5,8	-63,4	.	.	.	.	.
	Sondervermögen des Bundes														
Einnahmen	9,9	16,5	11,8	16,0	54,3	11,0	15,4	10,7	14,0	51,1	11,1	-6,7	-9,3	-12,5	-5,9
Ausgaben	12,1	8,4	9,3	12,1	41,9	10,7	8,1	9,9	10,1	38,7	-11,6	-3,6	6,5	-16,5	-7,6
dar.: Zinsausgaben	8,7	5,7	6,7	8,6	29,7	8,2	5,4	6,9	6,5	27,0	-5,7	-5,3	3,0	-24,4	-9,1
Darlehen	2,0	2,3	2,3	2,8	9,4	2,2	2,4	2,7	3,4	10,8	10,0	4,3	17,4	21,4	14,9
Finanzierungssaldo	-2,2	8,2	2,5	3,9	12,4	0,4	7,3	0,8	3,9	12,4	.	.	.	.	.
	Länder														
Einnahmen	101,8	100,1	103,4	121,7	426,9	102,2	99,4	108,7	123,8	434,1	0,4	-0,7	5,1	1,7	1,7
Steuern	75,1	72,3	73,7	83,8	305,0	73,2	71,6	72,3	85,4	302,4	-2,5	-1,0	-1,9	1,9	-0,9
Transfers v. Staat	17,1	18,4	20,1	26,3	81,8	18,2	18,6	19,4	24,7	80,9	6,4	1,1	-3,5	-6,1	-1,1
Sonstige	9,6	9,4	9,6	11,6	40,1	10,8	9,2	17,0	13,7	50,8	12,5	-2,1	77,1	18,1	26,7
Ausgaben	111,3	107,3	116,2	139,2	474,0	112,0	108,5	113,9	138,6	473,0	0,6	1,1	-2,0	-0,4	-0,2
Personalausgaben	45,7	41,0	41,6	47,5	175,8	46,7	41,5	42,1	47,2	177,5	2,2	1,2	1,2	-0,6	1,0
Lfd. Sachaufwand	9,8	10,6	11,0	13,7	45,1	9,0	11,0	11,0	13,6	44,6	-8,2	3,8	0,0	-0,7	-1,1
Zinsausgaben	10,6	7,6	7,5	7,3	32,9	11,0	8,0	8,2	7,7	35,0	3,8	5,3	9,3	5,5	6,4
Lfd. Zuweisungen	13,3	12,9	14,1	15,9	56,1	13,4	13,1	14,1	16,7	57,2	0,8	1,6	0,0	5,0	2,0
Transfers an Staat	23,3	25,9	27,8	32,8	109,8	23,5	25,1	27,1	31,5	107,2	0,9	-3,1	-2,5	-4,0	-2,4
Sachinvestitionen	1,9	2,8	3,6	7,2	15,5	1,9	2,9	3,5	7,2	15,5	0,0	3,6	-2,8	0,0	0,0
Sonstige	6,7	6,5	10,6	14,8	38,8	6,5	6,9	7,9	14,7	36,0	-3,0	6,2	-25,5	-0,7	-7,2
Finanzierungssaldo	-9,6	-7,1	-12,8	-17,5	-47,1	-9,8	-9,0	-5,4	-14,6	-38,9	.	.	.	.	.
	Gemeinden														
Einnahmen	62,4	68,1	70,1	81,9	282,4	60,4	65,7	67,0	80,9	273,9	-3,2	-3,5	-4,4	-1,2	-3,0
Steuern	15,8	22,2	20,6	27,7	86,3	16,1	22,1	20,4	29,1	87,7	1,9	-0,5	-1,0	5,1	1,6
Transfers v. Staat	24,5	24,4	25,3	28,7	102,9	23,1	22,8	24,1	27,6	97,7	-5,7	-6,6	-4,7	-3,8	-5,1
Sonstige	22,1	21,5	24,2	25,5	93,2	21,2	20,8	22,5	24,2	88,5	-4,1	-3,3	-7,0	-5,1	-5,0
Ausgaben	66,8	67,9	70,7	83,6	289,0	64,2	65,7	68,5	81,5	279,9	-3,9	-3,2	-3,1	-2,5	-3,1
Personalausgaben	18,3	18,0	18,9	22,5	77,8	18,4	18,0	18,4	21,7	76,5	0,5	0,0	-2,6	-3,6	-1,7
Lfd. Sachaufwand	12,8	11,8	12,3	14,7	51,5	12,6	12,0	12,2	14,9	51,7	-1,6	1,7	-0,8	1,4	0,4
Zinsausgaben	2,2	2,9	2,7	3,4	11,2	2,1	2,9	2,6	3,3	10,9	-4,5	0,0	-3,7	-2,9	-2,7
Lfd. Zuweisungen	18,9	18,3	17,6	17,8	72,7	17,6	17,0	17,1	17,7	69,3	-6,9	-7,1	-2,8	-0,6	-4,7
Transfers an Staat	3,2	4,3	3,6	4,7	15,8	2,9	3,9	3,4	4,5	14,6	-9,4	-9,3	-5,6	-4,3	-7,6
Sachinvestitionen	9,7	10,9	13,7	17,5	51,8	8,9	10,6	13,0	16,7	49,1	-8,2	-2,8	-5,1	-4,6	-5,2
Sonstige	1,7	1,7	1,9	3,0	8,2	1,7	1,3	1,8	2,7	7,8	0,0	-23,5	-5,3	-10,0	-4,9
Finanzierungssaldo	-4,5	0,2	-0,6	-1,7	-6,6	-3,8	0,0	-1,6	-0,5	-6,0	.	.	.	.	.

¹⁾ Ohne EU-Anteile. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

stik). Verbessert wurde die Einnahmesituation durch Grundstücksverkäufe des Bundeseisenbahnvermögens an die Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft in Höhe von 2 Mrd. DM. Diese Verkäufe wurden erst im vierten Quartal 1997 realisiert. Da in der VGR die Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft als öffentliches Unternehmen nicht zum Staat, sondern zum Unternehmenssektor gezählt wird, verringert sich das Staatsdefizit in Höhe der Verkaufserlöse. Allerdings werden die Erlöse in der VGR nicht auf der Einnahmenseite, sondern bei den Bruttoinvestitionen des Staates verbucht, so daß die Bruttoinvestitionen niedriger ausgewiesen werden. Ein Großteil dieses Verkaufserlöses dürfte „Einmalcharakter“ haben, denn im mehrjährigen Wirtschafts- und Finanzplan des Bundeseisenbahnvermögens sind für die Jahre 1998 bis 2002 insgesamt nur 2,6 Mrd. DM aus dem Verkauf von Immobilien eingestellt.

Tabelle 8

Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen

	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung														
	1995			1996			1997			1996			1997		
	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr
	Mrd. DM									Veränderungen gegenüber Vorjahr in %					
Einnahmen	362,1	383,1	745,2	381,7	406,2	787,8	399,0	415,6	814,5	5,4	6,0	5,7	-4,5	2,3	3,4
Sozialbeiträge	304,0	332,4	636,4	318,0	349,4	667,4	331,9	360,2	692,1	4,6	5,1	4,9	4,4	3,1	3,7
Übertragungen v. Staat	51,6	43,6	95,1	57,5	50,0	107,5	60,7	48,1	108,7	11,4	14,7	13,0	5,6	-3,8	1,1
Sonstige	6,5	7,1	13,7	6,2	6,8	12,9	6,4	7,3	13,7	-4,6	-4,2	-5,8	3,2	7,4	6,2
Ausgaben	368,5	387,8	756,3	391,4	407,0	798,4	402,5	407,3	809,8	6,2	5,0	5,6	2,8	0,1	1,4
Staatsverbrauch	120,8	133,1	253,9	128,3	143,3	271,6	135,0	141,6	276,6	6,2	7,7	7,0	5,2	-1,2	1,8
Zinsen	0,1	0,2	0,3	0,1	0,2	0,3	0,0	0,2	0,2	.	.	.	.	.	.
Laufende Übertragungen															
an private Haushalte	238,9	242,8	481,7	254,8	253,2	508,0	259,5	256,8	516,3	6,7	4,3	5,5	1,8	1,4	1,6
an Unternehmen	2,6	2,9	5,5	2,6	3,1	5,6	2,3	2,6	4,9	0,0	6,9	1,8	-11,5	-16,1	-12,5
an Ausland	3,6	3,6	7,2	3,6	3,7	7,3	3,6	3,9	7,5	0,0	2,8	1,4	0,0	5,4	2,7
Bruttoinvestitionen	1,2	2,3	3,5	0,8	1,7	2,5	0,7	1,0	1,7	-33,3	-26,1	-28,6	-12,5	-41,2	-32,0
Übertragungen an Staat	1,4	2,8	4,2	1,4	1,8	3,1	1,3	1,2	2,5	0,0	-35,7	-26,2	-7,1	-33,3	-19,4
Sonstige	-0,1	0,1	0,0	-0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	.	.	.	.	.	.
Finanzierungssaldo	-6,4	-4,7	-11,1	-9,8	-0,8	-10,6	-3,5	8,3	4,7	.	.	.	.	.	.
	Finanzstatistik														
	1996					1997					1997				
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr
	Mrd. DM										Veränderungen gegenüber Vorjahr in %				
Einnahmen	186,5	191,5	195,6	227,8	801,5	193,6	198,2	197,6	226,3	815,7	3,8	3,5	1,0	-0,7	1,8
Sozialbeiträge	156,6	161,4	165,2	183,3	666,6	165,8	170,5	168,8	189,3	694,3	5,9	5,6	2,2	3,3	4,2
Transfers v. Staat	24,3	24,2	24,2	37,5	110,2	24,6	24,4	24,5	33,1	106,7	1,2	0,8	1,2	-11,7	-3,2
Sonstige	5,6	5,9	6,2	7,0	24,7	3,2	3,3	4,3	3,9	14,7	-42,9	-44,1	-30,6	-44,3	-40,5
Ausgaben	192,8	196,6	198,6	203,3	791,3	200,3	202,9	198,9	204,6	806,8	3,9	3,2	0,2	0,6	2,0
Personalausgaben	5,0	5,0	5,0	5,9	20,9	5,1	5,1	4,9	5,8	21,0	2,0	2,0	-2,0	-1,7	0,5
Lfd. Sachaufwand	57,7	61,6	62,9	65,7	247,9	61,4	63,9	61,6	64,3	251,3	6,4	3,7	-2,1	-2,1	1,4
Zinsausgaben	0,1	0,1	0,1	-0,1	0,2	0,1	0,0	0,0	0,1	0,2	.	.	.	.	.
Lfd. Zuweisungen	127,2	126,6	127,0	127,4	508,1	131,1	130,9	129,5	131,3	522,8	3,1	3,4	2,0	3,1	2,9
Transfers an Staat	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	.	.	.	.	.
Sachinvestitionen	0,5	0,6	0,7	0,9	2,7	0,5	0,7	0,6	0,7	2,4	0,0	16,7	-14,3	-22,2	-11,1
Sonstige	2,3	2,7	2,9	3,5	11,4	2,1	2,3	2,3	2,4	9,0	-8,7	-14,8	-20,7	-31,4	-21,1
Finanzierungssaldo	-11,1	-9,6	-6,8	19,0	-8,6	-6,8	-4,3	-1,2	21,4	9,1	.	.	.	.	.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Ebenfalls als temporäre Maßnahme ist der Verkauf von Rohölreserven zu werten; diese Position wurde mit 400 Mill. DM im Nachtragshaushalt angesetzt.

Die Ausgaben des Bundes sind 1997 — unter Einschluß der Sondervermögen des Bundes — um 2 % gesenkt worden. Das sehr restriktive Ausgabeverhalten hat sich in fast allen Ausgabepositionen niedergeschlagen. Ein im Jahresverlauf sehr unterschiedliches Bild zeigen die laufenden Sachaufwendungen des Bundes, die auch die Ausgaben für militärische Beschaffungen enthalten. Während in den beiden ersten Quartalen noch ein Plus zu verzeichnen war, sind die Ausgaben in der zweiten Jahreshälfte kräftig, um 10 %, gekürzt worden. Offensichtlich hat man insbesondere im Bereich der militärischen Beschaffungen für 1997 geplante Ausgaben in das Jahr 1998 verschoben, und zwar in einer Größenordnung von 500 Mill. DM. Aber auch an anderen Stellen wurden offensichtlich Ausgaben zeitlich verlagert; im Januar und Februar 1998 sind die Bundesausgaben immerhin um 4,5 % ausgeweitet worden. Schließlich verringerte sich das Ausgabevolumen 1997 auch deshalb, weil der Bund an die Bahn geringere Investitionszuschüsse als geplant zahlte; 3,7 Mrd. DM waren vorgesehen, doch es flossen nur 1,8 Mrd. DM. Zu Einsparungen kam es auch bei den laufenden Übertragungen an private Haushalte, einmal, weil die Zahl der Anspruchsberechtigten (Kriegsopfer) zurückging, zum anderen, weil der Rotstift bei Maßnahmen der beruflichen Förderung und Arbeitsbeschaffung ansetzte und somit die Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung merklich gekürzt werden konnten.

Wenn das Staatsdefizit 1997 stark reduziert werden konnte, lag das zu einem guten Teil an der *Sozialversicherung* (Tabelle 8). Im Jahre 1996 stand hier noch ein Minus von reichlich 10 Mrd. DM, 1997 hat sie einen Überschuß in Höhe von 5 Mrd. DM (VGR) bzw. 9 Mrd. DM (Finanzstatistik) erzielt. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren die Anhebung der Beitragssätze in der Rentenversicherung, die Einsparungen in der Krankenversicherung sowie die Leistungseinschränkungen in der Arbeitslosenversicherung. Eine Rolle spielte auch der veränderte Auszahlungsrythmus beim Arbeitslosengeld, wodurch 1997 eine einmalige Ersparnis von rund 1 Mrd. DM erzielt worden sein dürfte.

Fazit

Der Rückgang des staatlichen Defizits im Jahre 1997 konnte in diesem Ausmaß nicht vorhergesehen werden. Es war eine Reihe von „einmaligen“ Maßnahmen, die dazu beitrugen, daß sich die Defizitquote von 3,6 % im Jahre 1996 auf 2,8 % im Vorjahr (in Abgrenzung des ESGV 2,7 %) verringerte. Aber auch die Neuberechnungen des Statistischen Bundesamtes spielten eine gewichtige Rolle. Insgesamt handelt es sich um einen Betrag von 16 Mrd. DM, der beiden Einflußfaktoren zugerechnet werden kann; dies sind über 0,4 % des nominalen Brutto-

inlandsprodukts. Im einzelnen ergeben sich folgende Beträge (Mrd. DM):

Neuberechnungen des Statistischen Bundesamts	
Staatliche Transfers an das Ausland	4,5
Auflösung von Verwahrkonten	2,5
Staatsverbrauch	
(nachträgliche Korrektur des 1. Hj. 1997)	2
Einmalige Maßnahmen des Bundes	
Grundstücksverkäufe BEV	2
Geringere Zuschüsse an DB	1,9
Darlehensrückzahlungen Airbus	
(behandelt als Zuschüsse)	1,4
Militärische Beschaffungen	0,5
Rohölreserven	0,2
Auszahlung Arbeitslosengeld	1

Das heißt: Reichlich die Hälfte des Rückgangs des Defizits gegenüber 1996 ist auf die Neuberechnungen durch das Statistische Bundesamt und auf Entlastungen mit Einmalcharakter¹⁷ zurückzuführen; der andere Teil kann als tatsächliche Einsparungen bezeichnet werden. In dieser Aufstellung sind nicht jene Maßnahmen berücksichtigt, die schon angekündigt waren, aber vor dem Hintergrund, daß sich Deutschland 1997 auch fiskalpolitisch für die EWWU qualifizieren sollte, verschoben wurden. Erinnert sei in diesem Zusammenhang beispielsweise an die ursprünglich für 1997 geplante Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums bei der Einkommensteuer, die erst am 1.1.1998 in Kraft getreten ist.

Natürlich ist die Grenze zwischen „temporären“ Maßnahmen und „nachhaltig“ sparsamer Haushaltsführung fließend, wie sich an der Entwicklung der öffentlichen Investitionen zeigen läßt. Der Verzicht auf Investitionsvorhaben entlastet den aktuellen Haushalt, belastet aber künftige Haushalte — wenn die geplanten Vorhaben später in Angriff genommen und dann kassenwirksam werden oder wenn mit dem Unterlassen der Investitionen ein Verzicht auf Wachstum einhergeht und Steuerausfälle die Folge sind. Damit ist ein anderer, zentraler Punkt in der Diskussion um die Maastricht-Kriterien angesprochen, nämlich die Frage, welche gesamtwirtschaftlichen Anpassungslasten der rigide Sparkurs verursacht hat. Das Bruttoinlandsprodukt ist 1997 um reichlich 1 % niedriger ausgefallen, als bei einem potentialorientierten Kurs möglich gewesen wäre, nachdem auch in den Jahren zuvor — den Vertrag von Maastricht antizipierend — negative Impulse auf die Gesamtwirtschaft ausgegangen sind.

¹⁷ Das Europäische Währungsinstitut (EWI) schätzte in seinem Konvergenzbericht den Umfang der Maßnahmen mit zeitlich begrenzter Wirkung auf nicht mehr als 0,2 vH des BIP. Eine Liste dieser Maßnahmen wurde nicht veröffentlicht.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GfB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Entwicklung des Staatsdefizits im Jahre 1997 — Ein (notwendiger) Blick zurück. Bearbeitet von Dieter Vesper.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

DEUTSCHLAND

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾													
						Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungs- güter- produzenten	Investitions- güter- produzenten	Gebrauchs- güter- produzenten	Verbrauchs- güter produzenten				
																Insgesamt		Inland	
		in 1000				1991 = 100													
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.		
1996	J	3808		325		95,2		90,4		104,6		96,1		97,3		86,0		93,7	
	F	3888	3876	323	326	93,9	94,7	88,1	89,2	105,3	105,7	93,5	94,7	98,1	98,4	84,5	85,6	90,7	
	M	3933		330		95,1		89,1		107,2		94,4		99,7		86,2		92,7	
	A	3921		333		95,7		89,7		107,8		96,2		99,0		86,2		92,7	
	M	3931	3934	330	331	95,7	96,0	88,4	89,8	110,0	108,4	96,7	96,5	97,6	99,2	87,0	86,7	93,5	
	J	3953		331		96,7		91,4		107,5		96,6		101,1		86,8		92,5	
	J	3979		327		96,4		89,0		111,1		97,6		98,8		87,2		91,9	
	A	4002	4005	324	326	97,0	96,4	89,9	89,3	111,0	110,5	98,6	98,4	98,4	97,5	89,2	87,8	92,3	
	S	4036		328		95,9		89,1		109,4		99,0		95,2		86,9		93,2	
	O	4078		329		98,6		90,7		114,6		100,4		101,1		89,0		91,8	
1997	N	4122	4116	328	329	97,9	97,9	89,2	89,8	115,3	114,1	100,4	100,2	99,2	99,4	88,1	88,2	91,3	
	D	4149		332		97,2		89,6		112,4		99,9		97,9		87,6		91,8	
	J	4261		329		98,8		89,1		118,2		101,0		100,6		89,3		91,9	
	F	4260	4261	332	329	99,7	99,6	90,3	90,0	118,6	118,7	103,9	103,2	99,1	99,7	89,3	89,6	93,5	
	M	4264		326		100,2		90,6		119,4		104,6		99,3		90,1		92,9	
	A	4313		322		101,1		90,8		121,9		104,7		102,1		90,6		91,4	
	M	4378	4363	326	325	101,1	101,4	91,3	90,7	120,8	122,8	105,6	106,0	101,1	101,1	89,8	90,5	90,5	
	J	4400		330		101,9		90,1		125,7		107,6		100,1		91,2		92,0	
	J	4431		335		102,2		91,9		122,9		107,7		100,7		91,4		92,0	
	A	4474	4466	345	341	103,2	103,4	91,5	91,7	126,7	127,0	107,8	108,0	104,3	104,2	89,1	90,9	91,3	
1998	S	4495		344		104,8		91,6		131,3		108,4		107,6		92,2		89,5	
	O	4501		347		104,2		92,7		127,3		108,7		105,5		90,9		90,7	
	N	4499	4504	356	355	105,1	105,1	93,7	93,3	128,0	129,0	110,5	109,8	105,2	106,2	91,1	91,5	92,8	
	D	4513		364		106,1		93,4		131,6		110,1		107,8		92,8		93,9	
	J	4419		373		106,6		96,3		127,6		110,0		110,1		93,3		90,8	
	F	4418	4420	389	389	108,4	107,7	97,7	97,0	129,9	129,3	110,2	110,1	113,0	111,9	97,3	95,9	93,0	
	M	4424		407		108,1		97,0		130,3		110,2		112,6		97,1		90,7	
	A	4396		427		108,2		96,5		131,4		110,0		112,3		98,4		92,6	
	M	4337		444															
	J																		
J																			
A																			
S																			
O																			
N																			
D																			

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

— ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

		Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾					
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr			
			in 1000		1991 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
			mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1996	J	6668		95,5		94,7		84,8		94,8		117,5		99,6		64,4		57,5		
	F	6638	6637	94,4	94,9	93,6	94,2	85,9	84,5	95,3	95,2	102,3	110,1	101,5	100,4	63,0	190,7	54,7	168,1	
	M	6608		94,8		94,4		82,7		95,6		110,4		100,0		63,3		55,9		
	A	6581		95,2		94,9		83,9		96,7		118,9		100,7		65,3		57,5		
	M	6556	6554	95,7	95,4	94,9	94,7	85,6	84,5	96,6	96,6	120,6	120,0	99,9	99,8	64,1	193,0	55,7	170,3	
	J	6527		95,4		94,4		84,0		96,5		120,4		98,8		63,6		57,1		
	J	6500		95,2		94,0		84,8		95,7		120,1		101,1		66,3		57,1		
	A	6477	6477	97,1	96,4	96,1	95,6	87,5	85,8	96,1	96,0	119,8	119,9	101,6	100,7	65,9	197,3	57,3	172,3	
	S	6455		96,9		96,8		85,0		96,3		119,9		99,3		65,0		57,8		
	O	6436		96,8		96,1		85,6		96,3		116,7		100,8		68,2		58,5		
1997	N	6415	6417	97,2	97,0	96,5	96,2	84,9	85,0	96,3	96,1	114,3	116,8	100,9	100,2	67,7	203,4	59,1	177,1	
	D	6401		97,0		96,0		84,4		95,8		119,3		98,9		67,5		59,5		
	J	6376		97,8		97,9		85,2		96,3		109,9		101,2		67,7		59,2		
	F	6361	6360	98,7	98,4	98,4	97,5	83,4	85,7	96,0	96,1	120,7	116,0	98,5	99,5	70,2	210,1	61,8	183,1	
	M	6344		98,6		96,1		88,5		96,1		117,5		98,7		72,2		62,1		
	A	6333		99,1		98,9		86,9		94,0		112,7		100,4		69,6		60,3		
	M	6315	6318	98,6	99,4	97,9	99,2	82,3	85,3	94,5	94,3	106,6	109,4	99,2	100,1	73,5	217,6	64,6	187,7	
	J	6307		100,6		100,7		86,7		94,5		109,0		100,8		74,5		62,7		
	J	6298		102,4		102,7		88,9		95,8		110,0		99,9		74,1		64,2		
	A	6289	6290	99,7	100,9	99,2	100,5	81,9	85,6	94,6	95,0	106,3	108,2	96,3	98,8	74,9	226,2	65,6	194,5	
	S	6283		100,6		99,7		86,0		94,6		108,2		100,1		77,2		64,6		
	O	6283		102,3		102,2		85,8		95,1		112,5		101,5		75,5		66,4		
	N	6278	6278	102,9	102,8	103,0	102,6	87,1	86,5	95,1	95,6	112,2	111,7	97,3	99,7	78,0	231,8	67,4	199,2	
	D	6275		103,3		102,5		86,5		96,7		110,4		100,2		78,3		65,4		
	J	6293		103,9		103,0		85,9		97,7		119,2		99,2		78,8		68,2		
	F	6291	6292	105,3	105,4	105,5	106,6	90,5	87,6	96,8	97,2	111,2	112,5	99,1	99,5	79,5	236,8	67,2	201,4	
	M	6294		107,0		111,3		86,4		97,0		107,2		100,3		78,4		66,0		
	A			107,0		108,4		89,2		98,8		102,7								
	M																			
	J																			
J																				
A																				
S																				
O																				
N																				
D																				

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.
²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.